AUSGABE DEZEMBER 2023

RUDOWER PRISMA

TOPTHEMA:

BERLINER SEENAT BESCHLIESST NEUE GESETZESVORLAGE: ASOG UND MOBI-LITÄTSGESETZ WERDEN ANGEPASST



Mittagstisch - Cocktails - Catering

Indische & singapurische Küche

Neuköllner Straße 243 - 12357 Berlin Telefon: 030 - 12 3 74 70 1







Dacharbeiten aller Art • Ziegeldächer • Dachstühle • Dachgauben Flachsanierung • Klempnerarbeiten • Aus- und Umbauten • Solartechnik Blitzschutzanlagen • Dach- und Fassadendämmung Asbestentsorgung nach TRGS 519

Dachdecker-Geselle (m/w) gesucht!

Büro Süd Auszubildende/r zum Dachdecker/in gesucht!

Waltersdorfer Chaussee 7 • 12355 Berlin-Rudow Tel.: 030/662 10 09 • Fax: 030/66 46 23 92

www.ph-dachbau · info@ph-dachbau.de



LIEBE RUDOWERINNEN UND RUDOWER,

die Berliner Haushaltsverhandlungen sind so gut wie abgeschlossen. Auch ich habe an vielen Sitzungen teilgenommen und möchte Ihnen heute ein paar Informationen dazu mitteilen.

Mit größter Kraftanstrengung ist es gelungen, massive Einsparungen zu verhindern. Vor der Corona Pandemie umfasste der Berliner Haushalt ein Volumen von ca. 30 Milliarden Euro, seither wurde er auf 40 Milliarden Euro erhöht. Auch wenn ein jährlicher Aufwuchs natürlicherweise stattfindet, ist dieses Vorgehen langfristig nicht haltbar. Für die nächsten Haushaltsplanungen sind bereits Einsparungen in Höhe von 4-5 Milliarden Euro vorgesehen. Diese Aufgabe wird der Politik und der Gesellschaft viel abverlangen. Mit der Gießkanne geschaffene Leistungen wie etwa kostenloses Schulessen oder kostenlose BVG-Tickets für Schülerinnen und Schüler müssen, meiner Meinung nach, überdacht werden.

Um den Finanzierungen in den einzelnen Bezirken gerecht zu werden, haben eben diese teils Schlupflöcher genutzt. Gelder für zu besetzenden Stellen wurden beispielsweise umgewidmet und so zweckentfremdet. Um derartiges Verhalten zukünftig zu vermeiden, sollen Gelder für nicht besetzte Stellen an den Senat zurück gehen. Insbesondere soll dem Vorgehen, bewusst Stellen schaffen zu wollen, diese jedoch nicht zu besetzten und die Gelder anderweitig zu nutzen, Einhalt geboten werden. Diese Methode ist anderen Bezirken gegenüber nicht nur unfair, sondern sie schwächt insbesondere die Verwaltung. Viele Arbeitsstellen bleiben auf diese Weise unbesetzt, dabei werden Mitarbeiter vielerorts dringend benötigt, um den Verwaltungsaufwand zu bewältigen. Als Ausgleich will der Senat mehr Einnahmemöglichkeiten für die Bezirke schaffen.

Die Motivation der Bezirke nach Einnahmen könnte hierdurch gesteigert und das ein oder andere Projekt nochmals auf seine Sinnhaftigkeit überprüft werden.

> Olaf Schenk Ich für Euch. Wir für Rudow.









GRUNDWASSER IM BLUMENVIERTEL

"Wie geht es weiter im Rudower Blumenviertel?" - Das wird eine der häufigsten Fragen im, von hohen Grundwasserständen geplagten, Rudower Blumenviertel sein.

Gerade jetzt, im verregneten Herbst, gibt es wieder vermehrt Feuchtigkeitsschäden.

Die Wahlkreisabgeordneten Christopher Förster und Olaf Schenk haben sich dieses Thema zur Herzensangelegenheit gemacht und arbeiten intensiv mit der zuständigen Senatsverwaltung an einer Lösung. Nach einem Termin in der Umweltverwaltung kamen die beiden Abgeordneten mit der Verwaltung überein, das Blumenviertel intensiv nach Schäden zu befragen, um einen Überblick über die Anzahl der Feuchteschäden und die besonders betroffenen Gebieten zu erhalten. Diese Kartierung ist wichtig, um eine neue effektive Anlage zu planen. Im Januar verteilen die Abgeordneten Förster und Schenk einen Fragebogen im Blumenviertel. In diesem Bogen wird nach Schäden, Lage des Grundstücks und der Kellertiefe gefragt werden. Die Bürgerbüros der Abgeordneten in der Krokusstraße und in der Lipschitzallee werden euch bei der Befragung behilflich sein.



Ebenso wird die Senatsverwaltung ihre Mitarbeitern an verschiedenen Terminen in die Bürgerbüros nach Rudow schicken, um den betroffenen Anwohnern bei Fragen zum Grundwasserthema behilflich zu sein.

Eine höchst positive Nachricht ist die Sicherung der bereits vorhandenen Mittel von 2,7 Mio. Euro für ein Grundwassermanagement. Darüber hinaus konnten aufgrund der Initiative von Olaf Schenk weitere 200.000 Euro für ein Grundwassermanagement im Umweltausschuss in den Haushaltsplan eingestellt werden. Insgesamt stehen jetzt also 2,9 Mio. Euro zur Verfügung.

Sie haben bereits Wasserschäden? Bitte melden Sie diese unter: grundwasser@olafschenk.de







"BERLIN MEINT ES ERNST MIT 'NIE WIEDER IST JETZT'"

Der Angriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober war ein barbarischer Akt des Terrors, eine schreckliche Tat, die uns alle erschüttert hat. Die Auswirkungen des Angriffs sind bis in unsere Stadt zu spüren. Die Zahl antisemitischer Straftaten ist deutlich angestiegen. Dabei denken wir nicht zuletzt an den Molotowcocktail-Angriff auf eine Synagoge in Berlin-Mitte. Hinzu kommen die Bilder jüngster Demonstrationen – auf Berlins Straßen und darüber hinaus. Sie beschämen uns. Berlins Regierender Bürgermeister Kai Wegner hat nach dem Angriff klar gemacht: Berlin steht an der Seite Israels. Der CDU-geführte Senat hat verschiedene Maßnahmen ergriffen, um jüdisches Leben in Berlin zu schützen und die Sicherheit unserer jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger zu gewährleisten. "Berlin meint es ernst mit ,Nie wieder ist jetzt", das hat Kai Wegner immer wieder betont.

'Nie wieder' bedeutet, alles dafür zu tun, dass unsere jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger in Freiheit leben können, dass sie ihre Kinder angstfrei zur Schule schicken und selbstverständlich Kippa und Davidstern in der Öffentlichkeit tragen können. Es bedeutet, dass wir Antisemitismus überall entschlossen entgegentreten und das Judenhass, Israelfeindlichkeit und antisemitisch motivierte Straftaten in Deutschland keinen Platz haben. Und genau deshalb will der Senat den Kampf gegen Antisemitismus als Staatsziel in die Berliner Verfassung aufnehmen.

Der Judenhass hat auch gezeigt, dass wir in Deutschland ein Problem mit der Integration haben. Das lässt sich nicht beschönigen. Antisemitismus findet sich leider in verschiedenen Teilen unserer Gesellschaft wieder, aber die jüngsten Ereignisse gingen insbesondere von der arabischstämmigen Community aus. Doch auch hier ist es wichtig zu differenzieren. Die überwiegende Anzahl der Migrantinnen und Migranten sind gut integriert. Die meisten haben nichts mit Antisemitismus zu tun. Dennoch dürfen wir nicht die Augen vor den Problemen verschließen, vor die uns die gescheiterte Integration einzelner Teile der Bevölkerung stellen. Hier sind alle demokratischen Parteien gefragt, mit der notwendigen Klarheit die richtigen Konsequenzen zu ziehen, um unsere Gesellschaft zusammenzuhalten.

Ottilie Klein, MdB und Generalsekretärin der CDU Berlin

DEUTSCHE BANK FILIALE IN ALT-RUDOW WILL 2024 SCHLIESSEN

Mit einer Unterschriftenaktion im Rahmen der Rudower Meile im September diesen Jahres, haben die Rudower und Rudowerinnen versucht, für den Erhalt der Deutschen Bank Filiale in Alt Rudow zu kämpfen. Bei einem anschließenden Gespräch zwischen Olaf Schenk und dem Filialleiter der Deutschen Bank hat sich nun leider bewahrheitet, was viele befürchtet hatten: die Filiale der Deutschen Bank in Rudow wird dauerhaft geschlossen. Die Entscheidung sei nicht leichtgefallen. Die Bankenlandschaft hat sich in den letzten Jahren stark verändert. Sie wird mehr und mehr nach den Bedürfnissen der Kunden ausgerichtet, welche viele Bankgeschäfte inzwischen digital erledigen. Bankkunden wählen immer seltener den Weg in die Filiale selbst. Dieser Dynamik muss sich wohl oder übel auch die Deutsche Bank anpassen. Aus diesem Grund wird die Bankfiliale in Alt Rudow an die Bankfiliale in der Johannisthaler Chaussee angegliedert. Diese steht zukünftig, neben der Filiale in den Gropiuspassagen, sowohl für die Bargeldverfügung als auch für persönliche I



Gropiuspassagen, sowohl für die Bargeldverfügung als auch für persönliche Beratungsgespräche bereit. Kleine Geldbeträge können zudem auch in Supermärkten, wie etwa Rewe oder Edeka abgehoben werden.



ELEKTROMOBILITÄT IN BERLIN RUDOW

Seit Juli 2023 fahren wir ein Elektrofahrzeug, mit dem wir auch auf große Reise gehen können. Im September fuhren wir nach Italien, insgesamt legten wir ca. 2500 km zurück.

Die Fahrt nach Italien, in die Provinz Friaul, das Fahren vor Ort und die Rückreise waren problemlos. Entlang der Autobahn in Deutschland, aber auch an Bundesstraßen in Österreich und in Italien – überall gab es genügend Ladesäulen für Elektroautos. Bis auf eine funktionierten alle mit Hilfe einer (ADAC) Ladekarte. Auch in der Stadt, in der wir uns aufhielten, rund 17000 Einwohner, konnten wir ohne Probleme unser E-Fahrzeug aufladen (wenn auch nur mit Wechselstrom max. 22 KW Ladeleistung, tatsächliche ca. 11 KW). Wie stellt sich die Ladesituation für E-Kfz in Rudow dar? Laut der Energieagentur Berlin gibt es in Rudow acht öffentlich zugängliche Ladestationen auf öffentlichem und privatem Grund.

Sie reichen von 3 KW (Laden an einer Straßenlaterne – ein Ladepunkt) über 11/22 KW, das entspricht der Ladeleistung an einer privaten Wallbox, (davon gibt es vier Ladestationen mit mehreren Ladepunkten) bis zu 175 KW an Schnellladestationen (insgesamt drei in Rudow) auch wieder mit jeweils mehreren Ladepunkten.

Für die bisherige Anzahl an E-Fahrzeugen scheint das erst einmal ausreichend, auch unter Berücksichtigung der privaten Lademöglichkeiten, den heimischen Wallboxen. Aber wird das für die höchstwahrscheinlich und politisch gewünscht größer werdende Zahl an E-Autos in Zukunft ausreichen? Wird es genügend Lademöglichkeiten besonders im öffentlichen Raum geben?



Seit ca. August dieses Jahres sind auf dem Kundenparkplatz von REWE in der Groß-Ziethener-Chaussee drei Schnellladesäulen mit sechs Ladepunkten installiert. Diese können bisher aber nicht genutzt werden. Es fehlt der Anschluss an die öffentliche Stromversorgung. Wann dieser durchgeführt werden soll, ist nicht absehbar. Dazu gibt es in der BVV-Neukölln eine kleine Anfrage der CDU-Fraktion, in der um Auskunft zum Termin der Durchführung der notwendigen Bauarbeiten gebeten wird.

ANTRAG AUF AUFHEBUNG DER HALTEVERBOTSBEREICHE IN ALT-RUDOW AN SONNTAGEN

Olaf Schenk hat sich mit einem Antrag zur Aufhebung der Halteverbotsbereiche in Alt-Rudow an Sonntagen an die BVV Neukölln gewandt. Er hat darum gebeten, die Halteverbotsbereiche, welche für den uneingeschränkten Busverkehr eingerichtet wurden, an Sonntagen aufzuheben, da an diesem Wochentag kein Bus durch Alt Rudow fährt. Der Antrag entstammt den Gedanken eines Rudower Bürgers, der u.a. die Kirchgänger der katholischen Kirche Alt-Rudow im Blick hat. Ihnen könnte an Sonntagen das Parken erleichtert werden, insbesondere vor dem Hintergrund, der derzeitigen Sanierung des Gemeindeparkplatzes. Die Rückmeldung der BVV Neukölln steht noch aus.

ENTSCHÄRFUNG DES UNFALLSCHWERPUNKTS SCHÖNEFELDER STRASSE ECKE NEUHOFER STRASSE SOLL ERFOLGEN

Vor einigen Monaten kamen Bürger in das Bürgerbüro von Olaf Schenk mit dem Anliegen, den Unfallschwerpunkt in der Schönefelder Straße - Ecke Neuhofer Straße zu entschärfen. Immer wieder kommt es hier, trotz des vorgegebenen Tempo-30-Limits, zu schwerwiegenden Unfällen, bei denen Autos auf der Seite liegend zum Stehen kommen oder Gartenzäune stark in Mitleidenschaft gezogen werden. Die Anwohner werden dadurch häufig in Angst und Schrecken versetzt.





Olaf Schenk hatte sich hierzu bereits mit Polizeibeamten in seinem Wahlkreisbüro ausgetauscht und nach Lösungen gesucht. Für Olaf Schenk wäre als Möglichkeit zur Entschärfung der Verkehrssituation die Installation von Bodenschwellen denkbar. Diese dürften auch die Fahrroute des Busverkehrs nicht beeinträchtigen. Ein Antrag beim Bezirksamt wurde auf den Weg gebracht und am 22. November im Verkehrsausschuss beraten. Der Antrag wurde einstimmig von allen Parteien angenommen.

Die Verwaltung wird jetzt prüfen welche Maßnahmen zur Entschärfung des Unfallschwerpunktes vorgenommen werden können, ohne den Busverkehr oder Rettungsfahrzeuge zu beeinträchtigen.

Wahlkreisbüro Olaf Schenk, MdA

Mo - Fr 10 - 16 Uhr - Mi 10 - 18 Uhr und nach Vereinbarung
Telefon: o3o - 66 11 77 0 Mail: post@olafschenk.berlin Aus Rudow
Krokusstr. 89 in 12357 Berlin

Ru<mark>dow -</mark> für Rudow!

SEITE 5

RUDOWER PRISMA

CANNABIS - EIN STOFF, VIELE FRAGEN!

Die Ampel-Regierung plant die teilweise Legalisierung des Anbaus und Verkaufs von Cannabis. Auf Antrag der Partei Bündnis 90/Die Grünen mit Unterstützung der SPD und der Linken ist eine Beschlussempfehlung an das Bezirksamt gegeben worden, Neukölln als Modellregion vorzuschlagen.

Man erhofft sich, durch die teilweise Legalisierung von Cannabis den Schwarzmarkt zurückdrängen zu können, die Substanz bezüglich ihrer Konzentration und des Inhalts besser zu kontrollieren sowie den verantwortlichen Umgang mit der Droge zu erhöhen.

Durch etliche Vorgaben soll der Verkauf, der nur an Erwachsene vorgesehen ist, geregelt werden.

- · Kann das Ordnungsamt die erforderliche Kontrollfunktion überhaupt leisten?
- · Wird der Stoff nicht einfach an Minderjährige weitergegeben/verkauft?

In Kanada und einigen US-amerikanischen Bundesstaaten besteht der Schwarzmarkt trotz Legalisierung weiter. Nach internationalen Studien führt die Legalisierung zu mehr Konsum und mehr Problemen.

- · Ist ein Zurückdrängen der organisierten Drogenkriminalität durch dieses Vorhaben realistisch?
- · Mehr Aufklärung in den Cannabis-Clubs und Schulen soll vorbeugend gegen Drogenkonsum wirken.
- · Warum funktioniert die vorbeugende Aufklärung an den Schulen bislang nicht?
- Wird die Einflussmöglichkeit der Schule auf Jugendliche nicht überschätzt und der Einfluss von "sozialen" Medien/Gruppen zu wenig gesehen?

Cannabis ist der Name der indischen Hanfpflanze, die als Marihuana (getrocknete Pflanzenteile) oder Haschisch (getrockneter Harz) verfügbar ist. Der Inhaltsstoff (Tetrahydrocannabiol) flutet bei Konsum das Gehirn und hat Einfluss auf sämtliche Funktionen, wodurch je nach Konzentration und Empfänglichkeit ein Rauschzustand entstehen kann. Ein Teil der Konsumenten werden süchtig, d.h. der Wunsch nach diesem Stoff, diesem Erlebnis, wird lebensbestimmend. Süchtige vernachlässigen alles Wichtige: Freunde, Beziehungen, Familie, Schule, Ausbildung, Beruf...Cannabis ist ein bekannter Einstieg zu wesentlich gefährlicheren, süchtig machenden Drogen wie beispielsweise Heroin.

 Können wir uns erlauben, einen noch größeren Teil unserer Bevölkerung sozial zu verlieren? Langfristiger, intensiverer Konsum schädigt das Gehirn. Das ist vor allem bei Jugendlichen bis zum Alter von 25 Jahren problematisch, da sich das Gehirn noch im Reifungsprozess befindet. So ist eine Beeinträchtigung der Informationsverarbeitung belegt, Gedächtnis- und Aufmerksamkeitsstörung ist die Folge, das Risiko für psychische Krankheiten steigt.

 Wollen wir die Gefahr bleibender Hirnschäden in Kauf nehmen?

Laut der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung sollen 9% der 18–25-jährigen regelmäßig kiffen, 46% haben es beim Probieren gelassen. Die politisch gewollte Legalisierung erleichtert die Verfügbarkeit von Cannabis, erhöht die gesellschaftliche Akzeptanz dieser Droge. Nach Ansicht von Ärzten und Psychologen wird dadurch der Konsum und die Gefahr von Abhängigkeit und Gehirnschäden, insbesondere bei jungen Menschen zunehmen.

· Wollen wir das riskieren?

Unter den jetzigen Mehrheitsverhältnissen wird die Gesetzesvorlage im Bundestag gegen den erklärten Widerstand der CDU verabschiedet werden, das Gesetz zur teilweisen Cannabislegalisierung könnte Anfang des Jahres 2024 in Kraft treten.

Dringend muss kontinuierlich die Entwicklung der Anzahl von Drogenabhängigen und Drogendelikten sowie die Anzahl, der aufgrund von Drogenkonsum psychisch kranker Menschen, statistisch erhoben und aufgezeigt werden, damit die Folgen ersichtlich sind. Somit könnte das neue Gesetz bei den zu erwartenden negativen Auswirkungen schnellstmöglich wieder rückabgewickelt werden.

Die Politik der jetzigen Ampel-Regierung trägt die Verantwortung für Entwicklungen, die sie durch die radikale Änderung der Verfügbarkeit von Cannabis ermöglicht! Was wir brauchen, ist mehr Vorbeugung, mehr Diskussion um die Fragen, warum wir uns gesundheitlich schädliches Verhalten antun und wem das nützt.

Dr. I. Keller-Janker

Quellen: DÄ, August 2023, S 352, Registerstudie Dänemark (2023, DOI: 10.1001/jamadapsychiatrie/2023.1256), MDR Wissen 5/22, Das Erste "Brisant" 9.10.2023



Für illegale Müllentsorgung in Neukölln drohen hohe Geldstrafen

Wie bereits in der letzten Prisma-Ausgabe veröffentlicht, ist Neuköllns Müllproblem kein Neues. Immer öfter landen Bauabfälle, Matratzen, Sessel oder sonstige ausgediente Möbelstücke an Straßenrändern oder in Berlins Wald- und Grünflächen. Das Neuköllner Ordnungsamt versucht akribisch gegen diese Ordnungsverstöße vorzugehen und die Verursacher über diverse Wege ausfindig zu machen. Wenn dies gelungen ist, wird es meist teuer, denn die illegale Müllentsorgung kann zukünftig mit einer Geldstrafe in Höhe von mehreren tausend Euro geahndet werden, so die derzeitigen Pläne des Senates. Deshalb ist es besser, gleich den Weg zum Rest- oder Wertstoffhof zu wählen und ggf. den Müll gegen ein geringes Entgelt dort zu lassen. Für Privatpersonen ist die Entsorgung bei der BSR in den meisten Fällen sogar kostenlos.

Nochmals der Hinweis: Illegal abgestellter Müll kann auch im Rahmen der App des Ordnungsamts gemeldet werden. Einfach auf Ihrem Handy kostenlos im App Store herunterladen. Die Nutzung der App ist auch ohne Angabe personenbezogener Daten, also anonym möglich.

ÄNDERUNG DES HUNDESTEUERGESETZES

Der Senat plant für das Jahr 2024 eine Änderung des Hundesteuergesetzes. Bisher mussten Hunde in Berlin eine Steuermarke am Halsband tragen. Diese Pflicht soll bald entfallen. Bereits 2022 wurde in der Hauptstadt ein zentrales Hunderegister eingeführt, welches der Registrierung der dauerhaft in Berlin lebenden Hunde dient sowie bei herrenlosen Hunden der Ermittlung des letzten Halters bzw. der letzten Halterin hilft. Die Vierbeiner müssen im Hunderegister einmalig und kostenpflichtig zu Beginn der Haltung für 17,50 Euro angemeldet werden. Diese Neuerung bringt den Vorteil mit sich, dass das Tragen der Marke zukünftig entfällt und Hundehalter somit keine Steuermarke beim Finanzamt besorgen müssen. Die Nichtanmeldung des Hundes im Hunderegister stellt eine Ordnungswidrigkeit dar und kann mit einer Geldbuße von bis zu 10.000 Euro geahndet werden. Nicht mitgeteilte Änderungen, wie etwa das Versterben oder der Verlust des Hundes unterliegen der Mitteilungspflicht und können ebenfalls Geldbußen nach sich ziehen. Die Eintragung im Hunderegister ersetzt jedoch nicht die Anmeldung bei der Finanzverwaltung.



RUDOWER PFLANZENMARKT

Seit 2009 in Rudow angesiedelt, ist der Rudower Pflanzenmarkt in der Groß-Ziethener Chaussee für viele Anwohner mit seinem vielfältigen Sortiment an Pflanzen, Sträuchern, Bäumen oder Töpfen nicht mehr wegzudenken. In den vergangenen Monaten kamen immer wieder Spekulationen über den Erhalt des Pflanzenmarkes auf. Aufgrund der Wohnungsnot in Berlin wird vielerorts nach möglichen Bebauungsgrundstücken geschaut, um dieser entgegenzuwirken.

So ist auch das Gelände an der Groß-Ziethener Chaussee betroffen. Investoren haben das ehemalige Bahngelände gekauft und möchten hier 180 Wohnungen errichten. Auf Initiative des damaligen Bezirksverordneten Olaf Schenk kam die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Neukölln partei- übergreifend zu der Entscheidung, dem Bebauungsplan nicht zuzustimmen, solange es keinen Ersatzstandort für die Gewerbetreibenden auf diesem Gelände gibt. Die Suche nach einem geeigneten Standort verlief bisher erfolglos. Die BVV und auch der zuständige Stadtrat sehen sich weiterhin an den Beschluss der BVV gebunden, sodass das Vorhaben eines Bebauungsplans erst einmal auf Eis gelegt wurde.

Es bleibt abzuwarten, wie sich die Suche nach einer Ersatzlösung für den Pflanzenmarkt entwickeln wird. Eine Befürchtung bleibt jedoch: Der Senat könnte die Bebauungspläne an sich ziehen und sich somit über den Beschluss der BVV Neukölln hinwegsetzen.



HERBST UND WINTER =GRIPPEZEIT

Es ist wieder so weit! Mit Kälte und Nässe warten wieder Viren und Bakterien auf uns, mit ihnen Schnupfen, Husten, Halsweh, Kopfweh,..... Was tun, um Schlimmes zu verhindern?

Impfen schützt! Gegen Grippe, Corona, Lungenentzündung und vielem mehr! Ganz allgemein die eigene Abwehr stärken mit...

- · ...vitaminreichem Essen/Trinken!
- · ... Bewegung, gerade an der frischen Luft für die Durchblutung und Sauerstoffversorgung!
- · ...Rausgehen, jeden Sonnenstrahl ausnutzen!
- · ... dem Schutz der Masken, besonders dort, wo viele Menschen ihre Krankheitskeime versprühen!
- Im Besonderen:Bei Kältegefühl und Unwohlsein
 - · Frühzeitig mit Nasenspray (Kochsalz/Meersalz) die Schleimhäufte beruhigen
 - · Heißgetränke Kräutertees, heiße Milch mit Honig, heiße Zitrone,... (insgesamt viel trinken)
- · Ansteigendes Fußbad nach Kneipp: Beide Unterschenkel in einen Eimer/eine Schüssel mit warmem Wasser (etwa 32 Grad) stellen, im Verlauf von 15-20 Minuten durch Zugabe von heißem Wasser auf 39-40 Grad erwärmen. Danach gut eingepackt mit warmen Decken mindestens eine halbe Stunde ruhen.
- · Isla Moos und Fenchel-Honig für den Hals, Thymian für die Bronchien...

Wenns schlimmer wird, muss man halt doch den Arzt heimsuchen. Kommen Sie gut durch Herbst und Winter!

Dr. I. Keller-Janker

KULINARISCHE FÜHRUNG DURCH RUDOW

Am Sonntag, den 15. Oktober 2023, fand zum ersten Mal eine kulinarische Führung durch den Ortskern von Rudow statt. Bei schönstem Sonnenschein hatten sich über zwanzig interessierte Bürgerinnen und Bürger zum gemeinsamen Spaziergang und Schlemmen durch Rudow eingefunden, um allerlei aus der Historie bis hin zur Gegenwart zu erfahren. Initiatoren der Veranstaltung waren der Rudower Heimatverein sowie der Abgeordnete Olaf Schenk. Für die schmackhaften Häppchen im Rahmen der Führung sorgten u.a. das Restaurant Zum Alten Krug, das Café Craemer sowie die Pizzeria La Stella da Toni & Pepe. Olaf Schenk bedankt sich nochmals bei allen Beteiligten für die gelungene Veranstaltung. Eine Wiederholung des Ereignisses ist geplant.



Beispielkalkulation Transporter: netto € 400,-

Krokusstraße 89 · 12357 Berlin · 030 509 56 838 · gerome@pawellek.info

SEITE 8

DAS MOBILITÄTSGESETZ WIRD ENDLICH MOBILER FÜR ALLE BERLINER

Änderungsvorschläge beenden Ungleichbehandlung von Verkehrsteilnehmern

Flexiblere Fahrbahnbreiten bei neuen Radwegen, Schulwege mit Fuß-Markierungen sichtbar machen, schnelle Pop-up-Zebrastreifen vor Schulen, Kitas und Pflegeheimen - vor allem aber soll das Miteinander auf unseren Gehwegen und Straßen endlich wieder im Mittelpunkt stehen! Mit diesen und weiteren Anpassungen will die CDU-Fraktion Berlins Mobilitätsgesetz großstadttauglich machen.

Bisher schien das grüne Mobilitätsgesetz vor allem ein Schrecken gegen Autofahrer zu sein. Es wirkte mit seiner ausdrücklichen Bevorzugung einiger Verkehrsteilnehmender an vielen Stellen eher als Hindernis. Sätze wie "in der Stadt werden weitere Räume geschaffen, in denen der motorisierte Individualverkehr keine (...) Rolle spielt" sollen nun aber gestrichen werden.

Klares Ziel aus Sicht der CDU-Fraktion: Alle Berliner sollen mobiler werden und sich das auch leisten können.

So sollen unter dem Gesichtspunkt von mehr Sicherheit neue Radwege entstehen, aber ohne Megabreite am Stadtrand, mit der der Autoverkehr früher ausgebremst werden sollte. Der Nahverkehr soll vorrangig mit neuen Schienenverbindungen ausgebaut, die Außenbezirke so besser angebunden werden. Interessen von Fußgängern werden bei Planungen mitgedacht. Dasselbe gilt für den Wirtschaftsverkehr.

Flugtaxis, Lieferdrohnen

Blick nach vorn: Da stehen neue Mobilitätsformen im Fokus. Eine Schwebebahn, die in den Gärten der Welt heute eine Attraktion ist, und künftig in Berlin wichtige Verkehrsknoten verbinden könnte. Oder Lieferdrohnen, die Bestellern ihre Waren bringen.

CDU-Fraktionschef Dirk Stettner:

"Die Berlinerinnen und Berliner sollen selbst darüber entscheiden dürfen, wie sie am besten durch die Stadt kommen. Wir wollen eine bessere Mobilität für alle, bezahlbar und sicher."

ZWISCHENSTANDSBERICHT: STAATLICHER HEIZKOSTENZUSCHUSS

Die Antragsfrist auf staatliche Bezuschussung zu Heizöl, Kohle sowie Holzpellets im Zuge hoher Preissteigerungen ist am 20. Oktober 2023 ausgelaufen. Zahlreiche, vorranging ältere Rudowerinnen und Rudower ohne Internetanschluss, sind dem Hilfeangebot unseres Rudower Abgeordneten Olaf Schenk gefolgt und haben die Unterstützung bei der digitalen Beantragung über die Investitionsbank Berlin (IBB) in Anspruch genommen.

Bezuschussungsfähig sind 80 Prozent des jeweils im Jahr 2022 gezahlten Energiepreises, welcher über den, um den Faktor 1,7 gestiegenen Durchschnittpreis im Referenzjahr 2021 hinausgeht. Der maximale Auszahlungsbetrag liegt bei 2000 Euro.

Olaf Schenk hat sich zwischenzeitlich nach den Zahlen zur Beantragung und Auszahlung der Heizkostenhilfe bei der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe erkundigt.

Die Rückmeldung vom 31.Oktober 2023 lautet wie folgt: "...bisher wurden insgesamt 19.227 Antragstellungen (für ca. 75.000 Haushalte) in der Heizkostenhilfe realisiert, davon wurden bisher 3698 Anträge ausbezahlt. ... Durchschnittlich erhielt jeder Haushalt bisher 353 €. Die IBB arbeitet mit Hochdruck daran, alle Anträge bis zum 31.12.2023 abzuarbeiten."

Bürgersprechstunde am 25.01.2024

Ihre Bezirksverordneten Annabel Herzig, Volker Hertzberg und Ihr Abgeordneter für Rudow laden Sie zur Bürgersprechstunde ein.



Olaf Schenk, MdA





Anabell Herzig, Bezirksverordnete Volker Hertberg, Bezirksverordneter

Sie haben Rudower- oder Neuköllner Themen? Wir freuen uns auf Ihre Anregungen.

Bürgersprechstunde am 25.01.2024 von 17 - 19 Uhr im Bürgerbüro Krokusstr. 89 in 12357 Berlin **Anmeldung bitte unter: 030 - 66 11 77 0**



EIN EINGESTÄNDNIS DER GESCHEITERTEN MIGRATION

OHNE HALTUNGSÄNDERUNG WIRD DEUTSCHLAND SCHEITERN

Viel wurde in den letzten Wochen darüber geschrieben, welche Folgen die terroristischen Gräueltaten der palästinensischen Hamas gegen schuld- und wehrlose Israelis am 7. Oktober 2023 haben. In das Entsetzen über wahllose Morde, Folter, Verstümmelung und Entführung von Menschen jeden Alters mischten sich unmittelbar Wut und Verwunderung über den Jubel auf den Straßen Neuköllns und anderer migrantisch geprägter Stadtteile unseres Landes.

Die Wut ist richtig. Die Verwunderung ist wohlfeil. Wer in den letzten Jahren politische Verantwortung in Berlin, Duisburg, Essen, Bremen oder anderswo getragen hat, hätte die seit Jahrzehnten wachsende Gefahr für jüdisches Leben in Deutschland erkennen können. Man hätte sie erkennen müssen. Viel angenehmer war es aber, wegzusehen und die Halluzination gelungener Integration

noch ein wenig weiter zu träumen. Diese Analyse galt übrigens ebenso für meine eigene Partei gerade in den Jahren 2015/2016, vielmehr aber für diejenigen mit geschlossenem linkem Weltbild. Es muss jetzt klar sein, dass der Traum von Multikulti abrupt dort endete, wo er vor vielen Jahren begann: auf der Neuköllner Sonnenallee bei Baklava und Böllern.

Die Familien der jungen Menschen, die tausendfache Morde bejubeln und ihren eliminatorischen Antisemitismus als "Befreiungskampf" tarnen, leben seit Generationen in unserem Land. Ihre Kinder waren meist nie in Israel oder in den palästinensischen Autonomiegebieten. Und obwohl sie den anhaltenden Konflikt um das Heilige Land nie selbst erlebt haben, haben sie grenzenlosen Hass in sich. In diesen Familien werden extreme Feindbilder kultiviert und zum Bestandteil ganzer Generationsidentitäten geformt. Dieser Hass ist verbindendes Narrativ für zehntausende Menschen aus den palästinensischen Autonomiegebieten, dem Libanon, Syrien und anderen Herkunftsstaaten des Nahen Ostens. Über Generationen tradiert und kultiviert, durch Hassprediger, Islamisten und den politischen Islam befeuert, hat er sich ausgebreitet und ist fest in diesen Communities verankert. Das geht nicht einfach weg, weil die Tagesschau einen Brennpunkt sendet und die Elite dieses Landes "fassungslos" ist.



Kommen Sie während der Rudower Meile am 16. & 17.12.2023 zu meinem Bürgerbüro in der Krokusstr. 89 Ich freue mich auf Sie! Ihr Olaf Schenk



Um diese, für in Berlin und anderen Ballungszentren noch immer bestehenden strukturell linken Mehrheiten, bittere Wahrheit in konkrete Handlungen umsetzen zu können, braucht es die Bereitschaft, eigene Fehler einzugestehen. Es reicht eben nicht, hier und dort einige Millionen Euro in Demokratiekurse zu stecken. Es reicht eben nicht, einzelne Unterstützer von Terrororganisationen zu verbieten und darauf zu vertrauen, dass sie von nun an brave Bürger werden. Was wir zunächst und vor allem brauchen, ist das Eingeständnis des eigenen Scheiterns und darauf aufbauend eine komplette Haltungsänderung.

DIE FOLGENDEN PUNKTE SIND DAFÜR AUS MEINER SICHT ÜBERFÄLLIG:

- 1. Deutschland muss sich selbst in die Lage versetzen, Migration steuern zu können. Die moralische und tatsächliche Unmöglichkeit, über den Zugang zu seinem Staatsgebiet (ausdrücklich innerhalb des Systems der Europäischen Union!) selbst zu entscheiden, rüttelt an den Fundamenten staatlicher Souveränität und erschüttert das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des politisch-administrativen Systems nachhaltig. Ich meine damit ausdrücklich nicht die dumpf-nationalistischen Rufe nach EU-Austritt und Abschottung. Diese Forderungen sind ähnlich schlicht wie die "no borders" Parolen am anderen Ende des politischen Hufeisens. Endlich muss gelten: Zuzug nur noch, wenn er im deutschen Interesse liegt. Und wir holen uns keine Judenhasser mehr (zusätzlich) ins Land. Ganz gleich, woher sie kommen.
- Die deutsche Staatsangehörigkeit ist kein Willkommensgeschenk, sondern sollte am Ende jedes Integrationsprozesses stehen. Dann gibt es auch allen Grund, unsere neuen Mitbürger mit Glückwünschen, offenen Armen und Freude zu begrüßen. Zur Integrationsromantik der letzten Jahrzehnte gehörte indes stets die Idee, es gäbe einen Anspruch aller Menschen, beinahe voraussetzungslos deutsche Staatsangehörige werden zu können. Es ist eine besondere Form der rassistischen Zuschreibung anzunehmen, dass das Leben mit ausländischer Staatsangehörigkeit ein grober Verstoß gegen die Menschenwürde sei. Aus dieser Logik heraus ist es erklärte Strategie linker Parteien, die Hürden für eine Einbürgerung stetig weiter zu senken und sie an den Anfang jedes Integrationsprozesses zu stellen. Das ist so absurd wie gefährlich. Im Ergebnis sehen wir nicht erst heute, dass der Staat antisemitischen Tätern, Clankriminellen und Terroristen mit überwiegend deutschem Pass einigermaßen hilflos gegenübersteht.
- 3. Es braucht endlich ein Bewusstsein dafür, dass Feinde der Demokratie niemals Partner sein können. Der migrantische Judenhass in Deutschland wird strukturell unterstützt durch linke Gruppierungen. Der Fokus auf die bundesweit aktiven Terrorunterstützer von "Samidoun" lenkt dabei von den tieferliegenden Problemen ab. In Berlin arbeiten Parteien und Mandatsträger ganz offen mit den Antisemiten von "Palästina spricht", "Rote Blüte Palästina", der "BDS-Kampagne", der sogenannten "Migrantifa", der "Interventionistischen Linken", dem "Bund

- der Kommunisten" und all ihren Vorfeldorganisationen zusammen. Vor allem Grüne und Linke haben entweder strukturelle Verbindungen oder zumindest eine vollkommen unkritische Distanzlosigkeit. Linksextremismus wird dort oftmals nicht als Problem, sondern als willkommene Unterstützung gesehen.
- Genauso können Islamisten niemals Partner für demokratische Prozesse sein. Während sich der Verfassungsschutz die Finger wund schreibt, förderte der rot-grün-rote Vorgängersenat in Berlin ein Projekt der "Neuköllner Begegnungsstätte (NBS)", aus dem der sogenannten "Rat der Berliner Imame" hervorging, mit Steuergeld. Salafisten und legalistische Islamisten mit Verbindungen zur global agierenden Muslimbruderschaft profitieren dabei nicht nur von direktem Mittelzufluss, sondern vor allem von der gesellschaftlichen Normalisierung ihrer perfiden Strategie, sich nach außen betont dialogbereit zu geben, intern aber eine islamistische Agenda zur Durchsetzung der Scharia zu verfolgen. So gelingt es ihnen auch immer wieder, unkritisch im öffentlich-rechtlichen Rundfunk aufzutauchen. Dass die Berliner Integrationsbeauftragte das auch noch völlig unkritisch befürwortet, zeugt von Blauäugigkeit und offensichtlichem Unwissen. Ein Abgleich mit dem Berliner Verfassungsschutz wäre hier dringend von Nöten.

Und auf Bundesebene wird der, ebenfalls durch Verbindungen zu den Muslimbrüdern bekannte, "Zentralrat der Muslime in Deutschland", dessen Vorsitzender "nur den einen Islam" kennt, in die Deutsche Islamkonferenz berufen.

5. Deutschland braucht eine klare Trennung zwischen notwendiger und bereichernder Arbeitsmigration und nachweislich problembehafteter Armutsmigration. Die Vermischung dieser beiden höchst unterschiedlichen Migrationsströme in der politischen Debatte ist ein weiteres Grundübel der linken Diskursherrschaft, das jegliche Bemühungen um eine interessengeleitete Politik Deutschlands im Keim erstickt. In der Debatte um die massive Überlastung der Kommunen und die damit notwendige Begrenzung des Zuzugs wird nach altem Muster schon wieder laut "aber die Fachkräfte" gerufen, ohne auch nur zur Kenntnis zu nehmen, dass durch illegale Migration so gut wie keine Fachkraft nach Deutschland kommt.

Man darf seine Zweifel haben, ob auch nur ein Punkt dieser Liste umgesetzt wird. Zu schnell schlossen sich die Reihen des linken Blocks, der sich angesichts der eigenen Konzept- und Hilflosigkeit in überkommene Floskeln flüchtet. Selbst das von der Bundesregierung unter Schmerzen verabschiedete - im Kern nicht annähernd weit genug gehende - Gesetzespaket für schnellere Abschiebungen wird, kaum ist die Tinte unter dem Kabinettsbeschluss trocken, von der eigenen parlamentarischen Mehrheit zerpflückt. Man darf sich fragen, was noch passieren muss, bevor sich Haltungen ändern. Ich möchte lieber nicht darauf warten, dass die Demokratieverachter und Extremisten von jenseits des rechten Randes uns diese Frage auf die harte Tour beantworten.



GLÜHWEIN MIT BOCKBIERWÜRZE?

Nun beginnt die kältere Jahreszeit und manch einer trinkt gerne mal einen Glühwein. Aber wann ist ein Glühwein ein Glühwein?

Interessant ist die Pressemitteilung des Landgerichts München vom 21. November 2022. "Wein oder nicht Wein, das ist hier die Frage" lautet es dort treffender Weise in der Überschrift. Ein Brauhaus bot mit Bockbierwürze versetzte weinhaltige Getränke als Glühwein an. Eine Weinkel-lerei wandte sich dagegen und brachte die Angelegenheit wegen unlauteren Wettbewerbs vor Gericht. Es ging um die Frage, wann ein Glühwein als solcher angepriesen werden darf. Ausgangspunkt war der Begriff "Wein". Problematisch war offenbar weniger der Begriff des Bockbiers. Das Gericht machte sich genauere Gedanken zu der Bockbierwürze. Es hörte hierzu sogar einen Sachver-

ständigen. Danach sei der Begriff lediglich historisch zu verstehen. Bei der Bockbierwürze handele sich nicht um ein Gewürz, sondern "eine Flüssigkeit, die ein Gewürz empfange".

Letztlich war der durch die beigefügte Flüssigkeit bedingte Wasserzusatz das Problem.

Nach Auffassung des Gerichts werde der Begriff "Wein" hierdurch in unzulässiger Weise "verwäs-sert" so die Pressemitteilung. Der Verbraucher werde über den zusätzlichen Wassergehalt von 2 % hinwegtäuscht.

Für alle Glühweinverkäufer gilt somit: Wer den Glühwein verwässert, darf diesen nicht mehr als Glühwein anbieten.

UNFALLFLUCHT GEFÄHRDET FAHRERLAUBNIS

Der Vorwurf eines unerlaubten Entfernens vom Unfallort trifft oft normale Verkehrsteilnehmer, die bisher mit Strafrecht nichts zu tun hatten. Vielen ist nicht bekannt, dass der Straftatbestand eine Gefahr für die Fahrerlaubnis bedeutet. Bereits wenn ein sogenannter Fremdschaden von über 1.300 Euro bis 1.500 Euro vorliegt, will die Justiz die Fahrerlaubnis entziehen. Mit Fremdschaden ist der Schaden am anderen Fahrzeug oder an beschädigten Gegenständen wie zum Beispiel einem Laternenpfahl gemeint. Die Gefahr ist nicht gering. Ein Schaden von 1.300 Euro ist schnell erreicht. Meist wird der Schaden vor Ort von den Betroffenen oder der Polizei geringer eingeschätzt als spä-ter vom Sachverständigen.

Aber es gibt auch gute Verteidigungsmöglichkeiten. Steht der Fahrer fest? Ist der Schaden wirklich von dem Beschuldigten verursacht worden? Musste ein Anstoß bemerkt werden? Ist der Schaden zu hoch kalkuliert worden? Fehlt es an einem Vorsatz, weil der Beschuldigte als Laie nicht von ei-nem hohen Schaden ausgehen musste? Wenn der Schaden nicht eindeutig zuzuordnen oder ein Vorsatz nicht nachzuweisen ist, muss der Beschuldigte freigesprochen oder das Verfahren eingestellt werden.

Rechtsanwalt Jan Buchholz www.kanzleibuchholz.de Tel. (030) 604 32 36

+++NEUIGKEITEN AUS DER BVV NEUKÖLLN+++

CDU Neukölln setzt ein klares Bekenntnis zum Gesundheitszentrum Gropiusstadt und erreicht eine Veränderungssperre

Die Zukunft des Gesundheitszentrums Gropiusstadt ist ungewiss. Und genau da liegt die Gefahr für die Menschen, die auf die Expertise der immerhin 13 ärztlichen Fachrichtungen plus Apotheke angewiesen sind. Ein Zentrum der Gesundheit für tausende Gropiusstädter, aber auch anderer Neuköllner, die ihre Ärztinnen und Ärzte in der Lipschitzallee 20-22 haben.

Doch wie geht es weiter, wenn in das Zentrum neu investiert wird und es umgebaut werden soll?

Haben die Ärzte eine verlässliche Zukunft und können auch weiterhin mit ihren Patienten und Praxen planen? Genau da setzte der Antrag der Neuköllner CDU in der 25. Bezirksverordnetenversammlung an. Es wurde eine Veränderungssperre beantragt, damit die entscheidenden Menschen Planungssicherheit bekommen und nicht abwandern, was im Falle weiterer Unklarheit über die Zukunft des Gesundheitszentrums drohte. Schließlich lässt sich ein Praxisumzug nicht von einem zum anderen Monat realisieren. Das heißt, Praxen und damit dringend notwendige ärztliche Versorgung wären demnächst gekündigt worden, eine (wirtschaftlich nachvollziehbare) Abwanderung wäre die Folge gewesen. Durch die Initiative der CDU Neukölln wurde dieses Thema über eine frühere BV-Versammlung in den Fachausschuss des Bezirks verwiesen und diskutiert. Dort hat sich noch keine Mehrheit für diesen – aus unserer Sicht aber elementaren - Beschluss gefunden. So kam es am 15. November. 23 zur finalen Besprechung in der Versammlung. Dort gelang es Markus Oegel, demFraktionsvorsitzenden der CDU Neukölln, eine Mehrheit für diese Veränderungssperre (Drs.Nr. 0942/XXI) zu finden. Gleichwohl die Zählgemeinschaft aus SPD und Grüne diesem "Bestandsschutz-Antrag" widersprach, was zumindest stark verwundert. Denn das Argument der "Sperre-Verweigerer", dass eine Veränderungssperre nur kurz wirksam sei (nach dem entsprechenden Gesetz bis zu drei Jahren), entkräftete Markus Oegel in seinem Appell, da eine Verlängerung auch darüber hinaus möglich sei, wenn die Gründe dafür unverändert vorliegen. Dank der dadurch erlangten Stimmenmehrheit hat das Gesundheitszentrum Gropiusstadt eine verlässliche Zukunft und die Menschen haben weiterhin ihre medizinische Versorgung.

WEIHNACHTSBAUM FÜR KITA "WILDE 13"

Die CDU Rudow und der Rudower Pflanzenmarkt lassen Kinderaugen glänzen

Wie schon in den vergangenen Jahren wurde ein wunderschön gewachsener Weihnachtsbaum an die Kita "Die wilde 13", Jeanette-Wolff-Str. 13, 12355 Berlin, übergeben.

Der Vorsitzende der CDU Rudow, Markus Oegel, und die Inhaber des Pflanzenmarkt Rudow, Bert Rutten und Huub Schriever haben ihren privaten Geldbeutel geöffnet und übergaben den Weihnachtsbaum am 23.11.2023 pünktlich zur Vorweihnachtszeit an die Kindertagesstätte. Frau Dorota Pawlaczek, Leiterin der Kita "Die wilde 13" sowie ihre fleißigen Mitarbeiterinnen nahmen mit den Kindern zusammen den Baum gerne in Empfang. Die Kids freuten sich sowohl über den Weihnachtsbaum, als auch über den zusätzlich mitgebrachten großen bunten Teller mit vielen süßen Leckereien.

"Der Empfang in der Kita war dieses Mal ganz besonders. Haben uns die anwesenden Kinder doch mit dem Weihnachtslied Oh Tannenbaum empfangen. Ich freue mich jedes Jahr aufs Neue den Weihnachtsbaum in der "Wilden 13" aufzustellen, denn das ist der Start in eine besinnliche Adventszeit.

Was gibt es schöneres, als leuchtende und neugierige Kinderaugen, die sich darauf freuen mit ihren Basteleien den Baum zu schmücken.



Gemeinsam mit den Mitgliedern der CDU Rudow und den Inhabern des Pflanzenmarkt Rudow wünsche ich allen Rudowerinnen und Rudowern eine besinnliche und ruhige Vorweihnachtszeit, sowie ein gesegnetes Weihnachtsfest. Passen Sie auf sich auf und bleiben Sie gesund", so der Vorsitzende der CDU Rudow Markus Oegel.



Stephan Piehl

Mohnweg 5 • 12357 Berlin

Tel.: 030 / 664 61 445 • Fax: 030 / 664 52 62

Mobil.: 0171 / 214 99 09

info@piehl-berlin.de • www.piehl-berlin.de





Rechtsanwälte JAN BUCHHOLZ BJÖRN VON DER OHE

Wildhüterweg 38

12353 Berlin (Buckow)

www.kanzleibuchholz.de kontakt@kanzleibuchholz.de

030 604 32 36

Verkehrsrecht Unfallregulierungen Bußgeldverfahren

Verkehrsstrafrecht

Fahrerflucht · Körperverletzung Alkohol/Drogen u.a. Fahrerlaubnisrecht

Allg. Strafrecht

Kfz-Gutachten sofort hier!

NEUES GESETZ STÄRKT UNSERER POLIZEI DEN RÜCKEN

Bessere Ausstattung verbessert die Sicherheit der Berliner

Damit die Polizei Berlin Gefahren abwehren und für die Strafverfolgung vorsorgen kann, muss sie nicht nur gut ausgebildetes und ausgerüstetes Personal haben, sondern sie benötigt auch die nötigen gesetzlichen Befugnisse. Jetzt bekommt sie endlich neue Werkzeuge an die Hand. Das Gesetz zum Sicherheits- und Ordnungsgesetz (ASOG) wird

Dazu erklärte CDU-Innenpolitiker Burkard Dregger: "Berlin hatte bisher das schwächste rot-grün-rote Polizeigesetz aller Bundesländer. Das wird jetzt endlich ins Lot gebracht."

Jeder dürfte sich noch an die Angriffe auf Rettungswagen und Polizeikräfte an Silvester erinnern. Einige der Täter konnten nur mühsam, andere konnten gar nicht ermittelt werden. Damit soll nun Schluss sein.

Bodycams und Dashcams können von der Polizei nun endlich umfänglich zum Einsatz kommen. Feuerwehr sowie Ordnungsamtsmitarbeitern wird die Verwendung ebenfalls erlaubt. Dadurch sollen die Ordnungshüter und die Rettungsdienstmitarbeiter besser vor Angriffen geschützt werden oder sie zumindest rechtssicher dokumentieren können. Die Angreifer würden dann spätestens im Nachhinein zur Rechenschaft gezogen werden. Im Optimalfall verhindert der Hinweis darauf, dass ein Einsatz aufgezeichnet wird, einen Angriff sogar komplett.



Elektroschockpistolen, auch Taser genannt, werden nun flächendeckend zum Einsatz kommen. Statt direkt zur Schusswaffe greifen zu müssen, haben die Einsatzkräfte nun noch ein anderes Mittel zur Wahl. Dadurch können sie Gewalttäter einfacher zur Strecke bringen und sich selbst besser schützen. Die Elektroschockpistolen verschießen nadelförmige Projektile, durch die ein Stromimpuls auf das getroffene Ziel abgegeben wird. Die Person wird dadurch kurzzeitig gelähmt und kann überwältigt werden.

Wenn eine Straftat oder eine Ordnungswidrigkeit von erheblicher Bedeutung zu erwarten ist, konnte die Person bisher für maximal zwei Tage in Gewahrsam genommen werden. Dieser Zeitraum kann nun auf bis zu fünf Tage ausgeweitet werden, bei Androhung einer terroristischen Tat sogar auf bis zu sieben Tage.

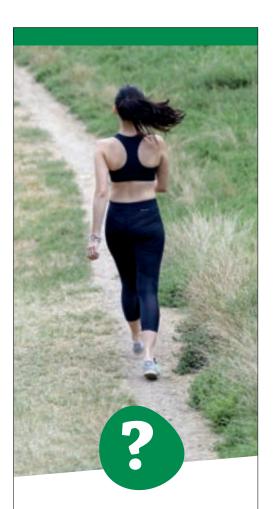
Aus Sicht von Burkard Dregger ist die Gesetzesnovelle insgesamt ein echter Erfolg: "Die bevorstehende Reform des Berliner Polizeirechts wird ein Riesenschritt zur Stärkung von Sicherheit, Recht und Ordnung sein!



Rudow - Das schönste Dorf der Welt 🕌 🚟







Wie geht's meinem Rücken?

Einfach & aufschlußreich:

Haltungs- & Bewegungsanalyse und 3D-Rückenscan

Prophylaxe & Wirkung für Alltag & Sport.



Skalitzer Straße $35 \cdot 10999$ Berlin Tel. (0 30) 618 73 40

Direkt an der Haltestelle Görlitzer Bahnhof (U1, Bus M29)
www.schuhtechnik-im-kiez.de

www.schuhtechnik-im-kiez.de Montag bis Freitag: 8 - 18 Uhr

DER RATHAUSBRIEF

LIEBER RUDOWERINNEN UND RUDOWER,

machen wir unser Neukölln gemeinsam schöner.



Als stellvertretender Bezirksbürgermeister und Bezirksstadtrat des Geschäftsbereichs Ordnung setze ich mich tatkräftig dafür ein, dass unser Stadtteil lebenswerter, schöner und sauberer wird. Es ist aber wichtig, dass wir gemeinsam und entschieden gegen das Müllproblem in Neukölln vorgehen. Dieses Problem beschäftigt uns alle schon viel zu lang. Durch illegal entsorgten Unrat, Müll und Sperrmüll werden ganze Straßenzüge verschandelt, Anwohner belästigt und Fußgänger behindert oder gar gefährdet. Wo schon etwas steht, da kommt schnell noch mehr dazu. Alles, was zu groß für die Mülltonne ist, wird oft in Neukölln auf der Straße entsorgt. Mittlerweile ist das Problem so groß und hat Dimensionen angenommen, die unbegreiflich sind. Zuerst wird z. B ein Möbelstück abgelegt, etwas später kommt eine Matratze dazu und bald ein älterer Fernseher oder eine Musikanlage. Leider sieht man in Neukölln diesen Müll immer häufiger. Nicht nur im dicht besiedelten Norden, sondern auch im Süden von Neukölln. Über 15.000 Meldungen bekommt das Ordnungsamt zum Thema Müll jedes Jahr. Hinzu kommt noch der Müll aus den "Hotspots", der vom Ordnungsamt selbst gefunden wird. Meist an menschenleeren Straßen mit schlechter Stra-Benbeleuchtung in Gewerbegebieten, ohne Geschäfte oder Wohnhäuser. Das Ordnungsamt nimmt sich dem Problem jetzt verstärkt an. Mit der "SOKO Müll" wollen wir illegale Müllentsorgungen unterbinden und Täter überführen. Dazu ist das Ordnungsamt auch in zivil unterwegs, um die Verursacher zu stellen. Die Müllablagerungen werden nach Hinweisen auf ihre Verursache untersucht. Ermittelt werden die Täter beispielweise auch über Videobeweise. Wenn die Verursacher ermittelt werden, folgt eine Anzeige, ein Ordnungsgeld von bis zu mehreren Tausend Euro und die fachgerechte Entsorgung muss nachgewiesen werden. Leider gibt es in Berlin schon lange keine kostenlosen Sperrmüllabholungen mehr. Es gibt aber 14 Recyclinghöfe, einen auch in Neukölln, bei dem man drei Kubikmeter Sperrmüll kostenlos abgeben kann.

Beim Thema Sauberkeit bleibt in Neukölln somit viel zu tun. Wir alle sind gefragt damit unser Bezirk schöner, sauberer und somit lebenswerter wird. Saubere Straßen und Plätze, begrünte Flächen und lieber Blumen statt Müll! Wir wollen attraktive Spielplätze, die für unsere Kinder sicher und sauber sind. Bitte helfen Sie bei der Lösung des Müllproblems und melden Sperrmüll, wenn Sie ihn sehen. Denn das Ordnungsamt kann ihn nur von der BSR entsorgen lassen, wenn wir von der illegalen Entsorgung Kenntnis haben. Daher ist es wichtig, dass alle Neuköllnerinnen und Neuköllner sich nicht nur beschweren, sondern auch aktiv werden und illegal entsorgten Sperrmüll über die Ordnungsamts-App melden. Denn Neukölln wird umso sauberer und schöner, je mehr sich beteiligen. Dann bekommen wir Neukölln wieder sauberer!

Stellvertretener Bezirksbürgermeister Bezirksstadtrat und Leiter des Geschäftsbereichs Ordnung



IMPRESSUM

HERAUSGEBER, VERLAG UND DRUCK: Pawellek Siebdruck GmbH, Mario Burot Siemensstraße 7, 15711 Königs Wusterhausen, Tel. 03375 - 50 39 16, mail@pawellek.info

REDAKTION: Olaf Schenk & Falko Liecke

ANZEIGENVERTRIEB: Gerome Pawellek Tel. 0172 - 97 31 744



Stammtisch der CDU Rudow im "Alten Krug" in Alt-Rudow 59

17. Januar 2024 18.30 Uhr

Mitreden - Mitdenken - Mitgestalten

Wir freuen uns auf Ihre Anregungen, Gedanken und Sorgen für "Das schönste Dorf der Welt"

Treffen Sie Abgeordnete, Bezirksverordnete und Mitglieder der CDU Rudow



Rudow

Olaf Schenk, Krokusstr. 89. - 12357 Berlin - post@olafschenk.berlin



